Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 84 (1992)

Heft: 1

Rubrik: Die internationale Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DIE INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Deutschland: Streik abgewendet

■■■ Quasi in letzter Minute und erst nach der Vermittlung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Rau fanden sich Gewerkschaften und Arbeitgeber der Stahlindustrie zu einem Kompromiss in der hinausgezögerten Tariffrunde 91. Die IG-Metall beziffert das ausgehandelte Lohnsteigerungsvolumen auf 6.34%. Ursprünglich hatte sie 10.5% gefordert, das letzte Angebot der Arbeitgeber lautete auf 5.7%. 87% der 135 000 Stahlbeschäftigten entschieden sich daraufhin in einer Urabstimmung für einen Streik, der nun in allerletzter Minute verhindert werden konnte. Die IG-Metall ist mit dem Abschluss zufrieden, weil er generell auf der Linie der 91er Abschlüsse liegt, die eine durchschnittlich rund 7%ige Lohnsteigerung brachten. Zudem hatten sich Wissenschaft und Politik, insbesondere auch Minister Möllemann, dafür stark gemacht, dass dieses Jahr eine 4 vor dem Komma stehen müsse.
Mit Forderungen von rund 10% sind die deutschen Gewerkschaften in die diesjährige Verhandlungsrunde gestiegen. Die IG-Metall und die ÖTV fordern 9.5% und richten sich damit «nach dem ökonomisch Möglichen und Notwendigen» aus. Über 10 000 Gewerkschaftsmitglieder beteiligten sich in der ersten Februarhälfte an Warnstreiks im Bankgewerbe. ■■■

Quelle: IG-Metall, Ausblick.

Frankreich: Lohnabkommen 1991–1992 im öffentlichen Sektor

■■■ Das Lohnabkommen im öffentlichen Sektor sieht eine allgemeine Lohnerhöhung von 6,5% bis zum 1. Februar 1993 vor.
Die 4,5 Millionen der staatlich Beschäftigten erhalten eine Erhöhung um 1% plus 0,5% rückwirkend ab 1. August 1991. Eine Erhöhung um 1,3% ist am 1. Februar 1992 vorgesehen, eine weitere Erhöhung von 1,4% am 1. Oktober und schliesslich von 1,8% am 1. Februar 1993.
Dieses Abkommen wurde von den 4 Gewerkschaften der Beamten CFDT, CFTC, FEN, und FGAF (autonom) unterzeichnet und ist seit dem 12. November gültig. CGT, CFE-CGC (höhere Angestellte) und Force ouvrière (FO) haben die Unterschrift verweigert. ■■■

Quelle: Europäisches Gewerkschaftsinstitut (EGI).

Grossbritannien: Gerichtshofs über die Teilzeitarbeit

■■■ Der Gerichtshof hat festgestellt, dass das Gesetz, das die Teilzeitarbeitnehmer/Innen vom Schutz gegen eine ungerechtfertigte Entlassung sowie vom Recht auf Schadenersatzzahlung bei Entlassung ausschliesst, keinen diskriminierenden Charakter für die Frauen besitzt. Das Gesetz stellt somit keinen Verstoss dar gegen die gesetzliche Gleichheit von Mann und Frau. Aus jüngsten Statistiken geht hervor, dass 86% der 5,6 Millionen Teilzeitbeschäftigten in Grossbritannien Frauen sind. ■■■

Quelle: EGI.

Österreich: «Arbeit hat es»

■■■ Die Wirtschaftsprognosen sagen für Österreich eine durchschnittliche Jahresrate von 6% Arbeitslosen voraus. Eine Reihe von wirtschaftlich sinnvollen Vorhaben sei deshalb zügiger voranzutreiben, schlägt ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch vor. Diese seien auch notwendig, wenn man Österreichs Position als Drehscheibe zwischen Ost und West erhalten und ausbauen wolle. Dazu zähle die Modernisierung der Bahn, vor allem Richtung Osten, die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, aber auch die Verbesserung des Schiffverkehrs und der Bau weiterer Wasserkraftwerke. ■■■

Quelle: ÖGB-Nachrichtendienst 2627.

Grossbritannien: Bevölkerung unterstützt die soziale Dimension des Binnenmarktes

■■■ Der TUC hat eine Umfrage zum Stand der Meinung in der britischen Bevölkerung über die soziale Dimension geführt. Diese Umfrage hat ergeben, dass eine überwältigende Mehrheit (71%) sich für die Einrichtung eines gemeinsamen Sockels von sozialen Grundrechten in der Europäischen Gemeinschaft aussprach, die Elemente berücksichtigen wie Arbeitsbedingungen, Gleichheit zwischen Mann und Frau, Bildungsmassnahmen sowie Informationsrecht bei Unternehmensverkäufen. Nur 16% der befragten Personen haben sich gegen eine europäische soziale Dimension ausgesprochen. ■■■

Quelle: EGI.

Türkei: DISK auch offiziell wieder da

■■■ Nach zehnjährigem Verbot und einem jahrelangen Prozess gegen Hunderte von führenden Aktivisten feierte der progressive türkische Gewerkschaftsbund DISK seinen achten ordentlichen Kongress – den ersten seit der offiziellen Wiederzulassung. Der zweitägige Kongress war ein eindrückliches Ereignis sowohl der Freude über die Wiedergeburt der DISK als auch der Entschlossenheit, den Kampf für die volle Wiederherstellung der gewerkschaftlichen und politischen Rechte in der Türkei und für die lange unterdrückten Forderungen der türkischen Arbeitnehmer mit neuer Kraft fortzusetzen. ■■■

Quelle: SGB-Pressedienst

Spanien: Gewerkschaftliche Initiative für den Fortschritt

■■■ Im November 1991 legten UGT und CC.OO gemeinsam einen alternativen Vorschlag vor zu dem von der Regierung im letzten Sommer gemachten Vorschlag des «Wettbewerbspakts», der jedoch nichts erreichte. Dieser Vorschlag wird als «Gewerkschaftliche Initiative für den Fortschritt» bezeichnet. ■■■

Quelle: EGI.

IBFG: seit 1988 um 20 Millionen Mitglieder gewachsen

■■■ In der zweiten Märzhälfte 1992 wird der Internationale Bund freier Gewerkschaften (IBFG), dem auch der SGB angehört, seinen 15. Kongress in Caracas, Venezuela, abhalten. Als hoffnungsvoll wertet der IBFG die vergangenen 4 Jahre, hätte die Idee der Demokratie doch weltweit starken Auftrieb erhalten. Nach wie vor sei trotz Verbesserungen Lateinamerika immer noch der Kontinent, der die Entwicklung von Gewerkschaften am stärksten gewalttätig unterdrücke. Der IBFG hat seit 1988 seine Mitglieder um 20 auf heute 110 Millionen weltweit steigern können. 34% davon sind Frauen. ■■■

Quelle: ICFTU-DISPATCH.

Finnland: Gewerkschaften akzeptieren Sanierungspaket

■■■ Finnlands Wirtschaft steckt in einer Krise, weil der Sowjetmarkt zusammengebrochen ist. 1991 ist die Arbeitslosigkeit auf 11.2% gestiegen, nachdem sie vorher lange auf 3.5% verharrt hatte. In einem zwischen den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und der Regierung ausgehandelten Sanierungspaket für die Wirtschaft wurde festgelegt, dass in den nächsten 2 Jahren Lohnverhandlungen erst geführt werden, wenn die Inflation die Schwelle von 5,4% übersteigt - und auch nur über jenen Bestandteil, der die 5.4% übertrifft. Um der Wirtschaftskrise zu begegnen, fordern die 2 grössten Gewerkschaftsbünde SAK und TVK (zusammen 1.4 Mio Mitglieder) den schnellen EG-Beitritt. ■■■

Quelle: arbeit&wirtschaft, Januar 1992.

Indien: informell arbeitende Frauen organisieren

■■■ Mit Massnahmen wie u.a. «speziellen Frauengruppen», «Einrichtungen zur Kinderbetreuung», «Herbergen für Arbeitnehmerinnen» und mit einer «besseren Ausnützung der Fertigkeiten und Erfahrung der Frauen» will die regionale Frauenkonferenz des ICEF (= Internationale Föderation der Chemie-, Energie- und Fabrikarbeiterverbände) Asiens riesigen informellen Sektor, der meist weiblich besetzt ist, den Gewerkschaften zuführen. In Indien ist ein entsprechendes Programm zur Gewinnung von Frauen bereits gestartet worden. Meist als Heimarbeiterinnen beschäftigt, werden die indischen Frauen nicht nur unterbezahlt, sondern zusätzlich durch die Mittelsmänner und Unterlieferanten ausgebeutet. Allererste Aufgabe sei es, das Selbstvertrauen der Frauen zu stärken,damit sie sich kollektiv zu wehren begännen. ■■■

Quelle: ICEF-INFO 3/91.

Migranten aus Maghreb

■■■ Die Frage der Wanderarbeitnehmer wird Hauptpunkt der Tagesordnung eines Treffens der Sozialpartner (Regierungen, Arbeitgeber, Gewerkschaften) der Länder des arabischen Maghreb und der EG im April in Brüssel sein. Diese Zusammenkunft, die vom Wirtschafts- und Sozialausschuss der EG organisiert wird, war ursprünglich von den Gewerkschaften beidseits des Mittelmeers auf jener Tagung gefordert worden, die 1991 in Tunis unter der Federführung des IBFG, des EGB und der Union der Arbeitnehmergewerkschaften des arabischen Maghreb stattfand. Man schätzt die Zahl der rechtmässig in der EG angesiedelten Maghrebiner (hauptsächlich aus Algerien, Marokko und Tunesien) auf rund zwei Millionen und der illegal angesiedelten auf rund eine Million. Sie stellen 46% der ausländischen Arbeitskräfte in Europa dar. Für die Internationale Wanderarbeitnehmer-Organisation ist die EG hauptsächlich vor die Aufgabe gestellt «festzulegen, in welchem Umfang sie bereit ist, aus diesen Gebieten die benötigten Fachkräfte zu holen und – für den Fall, dass die Einwanderung begrenzt werden muss – wie sie den Zustrom zahlreicher Asylantragsteller und illegal eingewanderter Arbeitnehmer kontrollieren wird.» ■■■

Quelle: Freie Gewerkschaftswelt.